



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 2. Ratssitzung vom 11. Mai 2022

50. 2022/5

Parlamentarische Initiative der AL-Fraktion vom 05.01.2022:

Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung (VO KB), Erhöhung des Normkostensatzes

Walter Angst (AL) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 4806/2022): Ein Novum ist, dass der Gemeinderat laut der neuen Gemeindeordnung das Recht hat, die vorliegende Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung zu verändern. Zusammen mit dem Instrument der Parlamentarischen Initiative gibt uns das die Möglichkeit, relativ kurz nach der Debatte zum Bericht der KPMG AG (KPMG) über die Finanzierung der Kitas über eine inhaltliche Vorlage zu diskutieren. Die vorliegende Parlamentarische Initiative will im nicht dem Stadtrat zugeteilten Teil der Verordnung sowohl den Normkostensatz als auch den Maximaltarif festlegen. Der Normkostensatz soll auf 130 Franken erhöht werden, gemäss Bericht der KPMG die realen Kosten. Der Stadtrat kommt mit seiner Rechnung auf 121 Franken. Unserer Meinung nach spricht momentan nichts dagegen, dass der Betrag von 130 Franken richtig ist. Das Zweite ist eine Aufspaltung zwischen dem Normkostensatz und dem Maximaltarif für Kinderbetreuungsplätze. Wir möchten die 120 Franken in Gemeinderatskompetenz in die Verordnung einfügen wollen. Insgesamt verursacht das Kosten in der Höhe von 10 Millionen Franken. Es ist eine Erhöhung der finanziellen Möglichkeiten der Kitas. Das hat Auswirkungen auf ihre Finanzierung und auf die Möglichkeit, anständige Löhne zu bezahlen. Auch kann der aktuell gravierende Mangel an Fachpersonal eventuell gelindert werden. Das muss man im Kontext der Gesamtkosten der Kinderbetreuung in der Stadt von 280 Millionen Franken sehen. Es handelt sich also nicht um eine Vergoldung einer Branche. Wir machen einen Vorschlag um die Spielräume der Kita-Institutionen zu erweitern, und ihnen zu ermöglichen, die entsprechenden Massnahmen einzuleiten und die gute Qualität zu sichern.

Die Parlamentarische Initiative wird von 69 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Gemäss Parlamentarischer Initiative wird die Überweisung an die SK SD beantragt.

Die Parlamentarische Initiative wird stillschweigend der SK SD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



2 / 2

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat